

Landeshauptstadt Magdeburg – Der Oberbürgermeister –		Drucksache DS0262/18	Datum 11.06.2018
Dezernat: II	II/01	Öffentlichkeitsstatus öffentlich	

Beratungsfolge	Sitzung Tag	Behandlung	Zuständigkeit
Der Oberbürgermeister	26.06.2018	nicht öffentlich	Genehmigung OB
Finanz- und Grundstücksausschuss	08.08.2018	öffentlich	Beratung
Stadtrat	16.08.2018	öffentlich	Beschlussfassung

Beteiligungen	Beteiligung des	Ja	Nein
	RPA		x
	KFP		x
	BFP		x

Kurztitel

Jahresabschluss 2017 der AQB Gemeinnützige Gesellschaft für Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung mbH (AQB)

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat nimmt den von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte GmbH, geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss 2017 der AQB zur Kenntnis.
2. Die Gesellschaftervertreter werden angewiesen:
 - den Jahresabschluss 2017 mit einer Bilanzsumme in Höhe von 1.570.487,49 EUR und einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.113.918,22 EUR festzustellen,
 - den Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.113.918,22 EUR mit den von der Landeshauptstadt Magdeburg geleisteten Zuschüssen in Höhe von 1.496.200,00 EUR zu verrechnen,
 - die Rückführung der nicht verrechneten Zuschüsse der Landeshauptstadt Magdeburg in Höhe von 382.281,78 EUR an den städtischen Haushalt zu beschließen,
 - der Geschäftsführerin, Frau Alexandra Rießler, sowie dem Verwaltungsrat für das Geschäftsjahr 2017 Entlastung zu erteilen,
 - die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte GmbH zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2018 zu bestellen.

Finanzielle Auswirkungen

Organisationseinheit	2001	Pflichtaufgabe	x	ja		nein
-----------------------------	-------------	-----------------------	----------	-----------	--	-------------

Produkt Nr.	Haushaltskonsolidierungsmaßnahme				
		ja, Nr.		x	nein
Maßnahmebeginn/Jahr	Auswirkungen auf den Ergebnishaushalt				
	JA		NEIN		x

A. Ergebnisplanung/Konsumtiver Haushalt

Budget/Deckungskreis:

I. Aufwand (inkl. Afa)					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	davon	
				veranschlagt	Bedarf
20...					
20...					
20...					
20...					
Summe:					

II. Ertrag (inkl. Sopo Auflösung)					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	davon	
				veranschlagt	Bedarf
20...					
20...					
20...					
20...					
Summe:					

B. Investitionsplanung

Investitionsnummer:

Investitionsgruppe:

I. Zugänge zum Anlagevermögen (Auszahlungen - gesamt)					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	davon	
				veranschlagt	Bedarf
20...					
20...					
20...					
20...					
Summe:					

II. Zuwendungen Investitionen (Einzahlungen - Fördermittel und Drittmittel)					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	davon	
				veranschlagt	Bedarf
20...					
20...					
20...					
20...					
Summe:					

III. Eigenanteil / Saldo					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	davon	
				veranschlagt	Bedarf
20...					
20...					
20...					
20...					
Summe:					

IV. Verpflichtungsermächtigungen (VE)					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	davon	
				veranschlagt	Bedarf
gesamt:					
20...					
für					
20...					
20...					
20...					
Summe:					

V. Erheblichkeitsgrenze (DS0178/09) Gesamtwert	
<input type="checkbox"/>	bis 60 Tsd. € (Sammelposten)
<input type="checkbox"/>	> 500 Tsd. € (Einzelveranschlagung)
<input type="checkbox"/>	> 1,5 Mio. € (erhebliche finanzielle Bedeutung)
<input type="checkbox"/>	Anlage Grundsatzbeschluss Nr.
<input type="checkbox"/>	Anlage Kostenberechnung
<input type="checkbox"/>	Anlage Wirtschaftlichkeitsvergleich
<input type="checkbox"/>	Anlage Folgekostenberechnung

C. Anlagevermögen

Investitionsnummer:

--

Buchwert in €:

--

Datum Inbetriebnahme:

--

Anlage neu

JA

Auswirkungen auf das Anlagevermögen					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	bitte ankreuzen	
				Zugang	Abgang
20...					

federführendes(r) II/01	Sachbearbeiter	Unterschrift Herr Koch
----------------------------	----------------	---------------------------

Verantwortliche(r) Beigeordnete(r)	Unterschrift Herr Zimmermann
---------------------------------------	---------------------------------

Termin für die Beschlusskontrolle	31.12.2018
-----------------------------------	------------

Begründung:

Dem Jahresabschluss der AQB Gemeinnützige Gesellschaft für Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung mbH (AQB) wurde für das Geschäftsjahr 2017 von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte GmbH ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt.

Die Prüfung gemäß § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz zur Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführungsorganisation, des Geschäftsführungs-Instrumentariums und der Geschäftsführertätigkeit ergab keine wesentlichen Beanstandungen.

Die Anzahl der in der AQB Beschäftigten nahm im Jahresdurchschnitt 2017 (gegenüber 2016) zu, durchschnittlich waren 527 (521) MitarbeiterInnen in der Gesellschaft beschäftigt.

Das Geschäftsjahr 2017 schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.113.918,22 EUR ab.

Die AQB ist eine ABS-Gesellschaft mit 100%iger städtischer Beteiligung.

Grundsätzliche Feststellungen des Abschlussprüfers

In der Stellungnahme zur Lagebeurteilung der Geschäftsführung sowie den sonstigen geprüften Unterlagen hebt der Abschlussprüfer folgende Aspekte hervor, die zur Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der Gesellschaft von besonderer Bedeutung sind:

„Die übrigen Erträge sind um 383 Tsd. EUR gestiegen. Dies ist im Wesentlichen auf die um 789 Tsd. EUR erhöhten Erträge aus Fördermitteln zurückzuführen. Die Erträge aus Fördermitteln betragen im Geschäftsjahr 3.776 Tsd. EUR (Vorjahr 2.987 Tsd. EUR). Der Anstieg ist insbesondere auf die gestiegenen Fördermittel aus Bundesmitteln für die SOTA-Programme zurückzuführen. Die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen sind dagegen um 323 Tsd. EUR auf 122 Tsd. EUR gesunken.

Die gestiegenen Betriebsaufwendungen sind insbesondere auf den gestiegenen Personalaufwand (+721 Tsd. EUR) zurückzuführen. Gegenläufig hierzu haben sich die Materialaufwendungen (-204 Tsd. EUR) und die Sonstigen betrieblichen Aufwendungen (-109 Tsd. EUR) entwickelt. Die Erhöhung der Personalaufwendungen resultiert im Wesentlichen aus Gehaltsanpassungen, dem Anstieg des Mindestlohnes sowie dem Anstieg der durchschnittlichen Anzahl der Beschäftigten.

Im Berichtsjahr wurden Verlustausgleichszahlungen der Gesellschafterin in Höhe des Jahresfehlbetrages von 1.114 Tsd. EUR in den Posten „Zum Verlustausgleich erhaltene Einzahlungen des Gesellschafters“ eingestellt. Damit wird deutlich, dass die Gesellschaft ohne Verlustausgleichszahlungen nicht existieren könnte und somit von der Landeshauptstadt Magdeburg wirtschaftlich abhängig ist. Die Geschäftsführung weist darauf hin, dass in Zukunft abzuwarten bleibt, ob der Verlustabdeckungsbedarf auf dem Niveau des Jahres 2017 verbleibt. Bei veränderten Rahmenbedingungen könnte sich somit auch wieder ein höherer Verlustausgleichsbedarf ergeben.

Zusammenfassend stellen wir nach § 321 Abs. 1 Satz 2 HGB fest, dass wir die Lagebeurteilung durch die gesetzlichen Vertreter, insbesondere die Annahme der Fortführung der Unternehmenstätigkeit und die Beurteilung der künftigen Entwicklung des Unternehmens, wie sie im Jahresabschluss und im Lagebericht ihren Ausdruck gefunden haben, als realistisch ansehen.“

Analyse des Jahresabschlusses 2017 im Vergleich zum Vorjahr**1. Gewinn- und Verlustrechnung**

Die Umsatzerlöse verminderten sich gegenüber dem Vorjahr (318,7 Tsd. EUR) um 62,0 Tsd. EUR

auf 256,7 Tsd. EUR.

Die Position Sonstige betriebliche Erträge erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr (3.695,9 Tsd. EUR) um 383,6 Tsd. EUR auf 4.079,5 Tsd. EUR. Hierbei handelt es sich um:

	2017 (Tsd. EUR)	2016 (Tsd. EUR)
- Erträge aus vereinnahmten Fördermitteln	3.776,0	2.987,0
- Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	132,0	455,0
- Zuwendungen für Umzugskosten	0,0	181,0
- sonstige Erträge	171,5	72,9

Der Materialaufwand verminderte sich gegenüber dem Vorjahr (342,7 Tsd. EUR) um 203,6 Tsd. EUR auf 139,1 Tsd. EUR.

Die Personalaufwendungen erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr (3.844,0 Tsd. EUR) um 721,5 Tsd. EUR auf 4.565,5 Tsd. EUR.

Die Abschreibungen in der Gewinn- und Verlustrechnung erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr (105,7 Tsd. EUR) um 2,8 Tsd. EUR auf 108,5 Tsd. EUR.

Die Sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 644,5 Tsd. EUR verminderten sich gegenüber dem Vorjahr (753,7 Tsd. EUR) um 109,2 Tsd. EUR. Es werden Aufwendungen für Raumkosten (295,0 Tsd. EUR), Fahrzeugaufwendungen (71,2 Tsd. EUR), Reparaturen, Wartung und Instandhaltung (31,4 Tsd. EUR), Versicherungen, Beiträge und Gebühren (13,3 Tsd. EUR) und sonstige Aufwendungen (233,6 Tsd. EUR) ausgewiesen.

Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge wurden 2017 in Höhe von 13,4 Tsd. EUR erzielt (Vorjahr 7,5 Tsd. EUR).

Die Position Sonstige Steuern in Höhe von 5,8 Tsd. EUR (Vorjahr 5,7 Tsd. EUR) beinhaltet anteilige Kfz-Steuern.

2. Bilanz

Aktiva

Die Position „Immaterielle Vermögensgegenstände“ wird in Höhe von 32,3 Tsd. EUR (Vorjahr 47,5 Tsd. EUR) ausgewiesen. Zugänge im Berichtsjahr in Höhe von 1,8 Tsd. EUR beinhalten ausschließlich entgeltlich erworbene Software.

In der Bilanzposition „Sachanlagevermögen“ in Höhe von 255,3 Tsd. EUR (Vorjahr 292,4 Tsd. EUR) wurden, wie schon in Vorjahren, die Zuschüsse zu den Anschaffungskosten für Investitionen nicht direkt von den Anschaffungskosten gekürzt, sondern als Passivposten (Sonderposten aus Investitionszuschüssen) in der Bilanz erfasst. Dadurch ergibt sich, dass in der Position Sachanlagevermögen die vollen Anschaffungskosten ausgewiesen werden. Diese werden dann planmäßig um die entsprechenden Abschreibungen gekürzt. In gleicher Höhe wird der passive Bilanzposten erfolgswirksam aufgelöst.

Im Geschäftsjahr investierte die Gesellschaft in Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens 60,4 Tsd. EUR.

Die Position „Forderungen aus Lieferungen und Leistungen“ wird in Höhe von 4,8 Tsd. EUR (Vorjahr 9,1 Tsd. EUR) ausgewiesen.

Die Bilanzposition „Sonstige Vermögensgegenstände“ erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr (2,5

Tsd. EUR) um 42,1 Tsd. EUR auf 44,6 Tsd. EUR.

Die Position „Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten“ verminderte sich zum 31.12.2017 im Vergleich zum Vorjahresstichtag (1.406,8 Tsd. EUR) um 201,6 Tsd. EUR auf 1.205,2 Tsd. EUR.

Der aktive „Rechnungsabgrenzungsposten“ wird im Berichtsjahr in Höhe von 3,1 Tsd. EUR (Vorjahr 6,7 Tsd. EUR) ausgewiesen.

Passiva

Die unter dem Eigenkapital ausgewiesene Bilanzposition „Zum Verlustausgleich erhaltene Einzahlungen des Gesellschafters“ stellt sich wie folgt dar:

Stand am 01.01.2017	1.048.907,52 EUR
abzüglich	
- Verrechnung mit dem Jahresfehlbetrag 2016	1.048.907,52 EUR
zuzüglich	
- in 2017 geleistete Vorauszahlungen auf den Jahresfehlbetrag 2017	1.496.200,00 EUR
abzüglich	
- Umbuchung der Differenz aus Jahresabschluss 2017 und den erhaltenen Einzahlungen zum Verlustausgleich 2017 in die Bilanzposition „Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter“	<u>382.281,78 EUR</u>
Stand am 31.12.2017	<u>1.113.918,22 EUR</u>

Die Bilanzposition „Sonderposten für Investitionszuschüsse“ beinhaltet die erhaltenen Sachkostenzuschüsse für Vermögensgegenstände. Diese Zuschüsse werden entsprechend der Nutzungsdauer und als Gegenposten zu den Abschreibungen bzw. den erfolgten Anlagenabgängen ertragswirksam aufgelöst. Unter Berücksichtigung der Zugänge (50,0 Tsd. EUR) sowie Abschreibungen und Anlagenabgänge (105,4 Tsd. EUR) ergibt sich ein Stand in Höhe von 207,9 Tsd. EUR (Vorjahr 263,3 Tsd. EUR).

„Rückstellungen“ weisen im Berichtsjahr eine Verminderung gegenüber dem Vorjahr (671,1 Tsd. EUR) um 63,5 Tsd. EUR auf 607,6 Tsd. EUR aus. Im Einzelnen werden zum 31.12.2017 Rückstellungen aus Maßnahmenabrechnungen (349,0 Tsd. EUR), Archivierungskosten (74,0 Tsd. EUR), Jahresabschluss- und Prüfungskosten (30,0 Tsd. EUR) sowie sonstige Rückstellungen (154,6 Tsd. EUR) ausgewiesen.

„Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen“ werden in Höhe von 33,1 Tsd. EUR (Vorjahr 22,1 Tsd. EUR) ausgewiesen.

Die Bilanzposition „Sonstige Verbindlichkeiten“ verminderte sich gegenüber dem Vorjahr (754,7 Tsd. EUR) um 86,2 Tsd. EUR auf 668,5 Tsd. EUR. Zum Bilanzstichtag beinhaltet diese Position Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter (382,0), Lohn und Gehalt (186,0 Tsd. EUR) sowie sonstige Verbindlichkeiten (100,5 Tsd. EUR).

3. Zusammenfassung

Der geprüfte Jahresabschluss 2017 wurde in der Verwaltungsratssitzung am 20.06.2018 zustimmend zur Kenntnis genommen. Der Verwaltungsrat empfiehlt der Gesellschafterversammlung, den Jahresabschluss festzustellen, den Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.113.918,22 EUR mit den als Vorauszahlungen gewährten Liquiditätshilfen der Landeshauptstadt Magdeburg zu verrechnen und die nicht verrechneten Zuschüsse des Gesellschafters in Höhe von 382.281,78 EUR an den städtischen Haushalt zurückzuführen.

Darüber hinaus empfiehlt der Verwaltungsrat der Gesellschafterversammlung die Geschäftsführung und den Verwaltungsrat der AQB für das Geschäftsjahr 2017 zu entlasten und die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte GmbH zum Abschlussprüfer für das Jahr 2018 zu bestellen (3. Prüfung).

Das Dezernat Finanzen und Vermögen/Beteiligungsverwaltung schließt sich den Vorschlägen des Verwaltungsrates an.

Das Prüfungsergebnis 2017 einschließlich des Bestätigungsvermerkes, die Bilanz, die Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Lagebericht sind als Anlage beigefügt. Des Weiteren sind Auszüge aus den Beschlussvorschlägen der Verwaltungsratssitzung vom 20.06.2018 beigefügt. Der Prüfbericht kann nach Absprache in der Beteiligungsverwaltung des Dezernates Finanzen und Vermögen eingesehen werden.

Anlagen:

Anlage 1 - Zusammenfassung des Prüfberichtes mit Bestätigungsvermerk

Anlage 2 - Bilanz und Gewinn- u. Verlustrechnung

Anlage 3 - Lagebericht

Anlage 4 - Auszüge aus den Beschlussvorschlägen der Verwaltungsratssitzung vom 20.06.2018